

Kulturpolitik und Migrationsgeschichte in der Einwanderungsgesellschaft

—

Kulturpolitik in der Erweiterung

Rainer Ohliger

Beitrag zur Tagung:

Ein Migrationsmuseum in Deutschland: Thesen – Entwürfe – Erfahrungen

Zeit: 17. bis 19. Oktober 2003

Ort: Kölnischer Kunstverein, Die Brücke, Hahnenstraße 6, Köln

NETZWERK MIGRATION IN EUROPA

Limonenstr. 24 fon +49 (0) 30 / 84 10 92 66 info@network-migration.org
D-12203 Berlin fax +49 (0) 30 / 83 22 82 36 www.network-migration.org

Inhaltsverzeichnis

- 1. Von der sozialen zur politischen und kulturellen Frage**
- 2. Politik – Migration – Kultur: Schnittstellen und Kontrapunkte**
- 3. (Nationale) Modelle der Repräsentation von Einwanderern**
- 4. Kultur- und bildungspolitische Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft**
- 5. Kulturpolitik als Politik der kulturellen Ausgrenzung – Kulturpolitik als Politik der kulturellen Anerkennung**
- 6. Kulturpolitik in der Erweiterung: Möglichkeiten und Grenzen der Entgrenzung**
- 7. Geschichte – Migration – Migrationsgeschichte: Die Erweiterung des historischen Gedächtnisses**
- 8. Akteure und Institutionen einer erweiterten Kulturpolitik: Das Beispiel eines Migrationsmuseum**
- 9. Leistungen und Grenzen von Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft**
- 10. Kurzes Resumée**

"Wir wissen ja, dass die Vergangenheit kein musealer Kronschatz ist, sondern etwas, das immer von der Gegenwart betroffen ist"

Walter Benjamin

1. Von der sozialen zur politischen und kulturellen Frage¹

Migration und die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft sind in den Neunzigerjahren zu Dauerbrennern der politischen und öffentlichen Debatte geworden. Die Kontroversen und Debatten in Deutschland erreichten in den frühen Neunzigerjahren einen ersten Höhepunkt, als die Zahl der Zuwanderer, insbesondere jene der Flüchtlinge und der Asylbewerber, infolge der Öffnung des Eisernen Vorhanges, der Kriege im ehemaligen Jugoslawien sowie der Implosion der Sowjetunion in bislang unerreichte Höhen anstieg. Eine zweite hitzige Auseinandersetzung schloss sich Ende der Neunzigerjahre an, als ein neues deutsches Staatsangehörigkeitsgesetz zur Diskussion stand. Dieses Gesetz zog leidenschaftliche politische Auseinandersetzungen nach sich, fand dann in modifizierter Form eine parlamentarische Mehrheit, um schließlich zum 1. Januar 2000 in Kraft zu treten. Die jüngste politische Kontroverse, jene um das erneut in den Bundestag eingebrachte Zuwanderungsgesetz, ist die bislang letzte Volte im politischen Diskurs um Einwanderung und Einwanderungspolitik. Verkürzt ließe sich zusammenfassen, dass die Neunzigerjahre dadurch gekennzeichnet waren, dass das Thema Migration *als politisches Thema* entdeckt wurde und damit auch Einzug in den politischen Raum, die politische Öffentlichkeit und die deutschen Parlamente fand. In den beiden Jahrzehnten zuvor war es hingegen vorwiegend unter *sozialen und ökonomischen Aspekten* diskutiert und gesellschaftlich vermittelt worden.

In den Siebziger- und Achtzigerjahren, also in der Zeit vor der eigentlich politischen Auseinandersetzung um Migration und Integration, war der migrationspolitische Diskurs einerseits auf technokratisch verengte Fragen des Arbeitsmarktes und dessen Regulierung ausgerichtet. Der Anwerbestopp für Arbeitsmigranten im Jahr 1973 und das nur halbwegs erfolgreiche Rückkehrförderungsprogramm der 1982

¹ An dieser Stelle möchte ich Jan Motte vom Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen herzlich danken, ohne dessen intellektuelle Anregungen und dessen Dialog- und Kritikfähigkeit viele Ideen dieses Papers nicht entstanden wären.

neu ins Amt gelangten christlich-liberalen Regierung bildeten die symbolischen Landmarken dieser Epoche und ihres Ansatzes. Als Protagonisten der *Migrationspolitik als Arbeitsmarktpolitik* agierten gemeinschaftlich Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und die jeweils amtierenden Regierungen und deren Administrationen, vor allem jene, die im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Gestaltung des Arbeitsmarktes Entscheidungsgewalt ausübten.²

Andererseits war die Debatte der Siebziger- und Achtzigerjahre um Migration und Integration durch *sozialpolitische* und *wohlfahrtsstaatliche* Topoi gekennzeichnet. Hier agierten vor allem die organisierten sozialpolitischen Interessen der Mehrheitsgesellschaft, allen voran die Wohlfahrtsverbände und die ihnen wohlgesonnen Sozialministerien auf Bundes- und Landesebene. Die Wohlfahrtsverbände nahmen eine wichtige Aufgabe in der sozialen Betreuung von Zuwanderern wahr. Jedoch monopolisierten sie auch das Thema Migration, vor allem aber den Bereich der Integration. Dabei wurde kaum Raum gelassen, Migration und Integration jenseits des sozialpolitischen Gettos zu thematisieren und intellektuell zukunftsweisend auszugestalten. Die noch heute andauernde Schieflage der massiven staatlichen Subventionierung von meist gut gemeinter, jedoch nicht immer gut und effizient geleisteter Integrationsarbeit der Wohlfahrtsverbände ist beredtes Beispiel für die Präponderanz des sozialpolitischen Diskurses. Er ruht zwar auf einer breiten institutionellen Absicherung, weist jedoch oftmals nur eine geringe analytische und konzeptionelle Tiefe auf. Im besten Fall herrscht hier ein reaktiver, meist noch stark sozialpaternalistischer Umgang mit den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft vor ("den armen Migranten muss man doch helfen"). Zugespitzt gesagt: Migranten werden als Opfer stilisiert, denen man Betreuung und Fürsorge angedeihen lassen muss. Eigene Spielräume als verantwortlich und rational handelnde Akteure werden ihnen in dieser Konfiguration in der Regel nicht oder in nur geringem Maß zugestanden. Im schlechteren Fall, dies muss man so deutlich formulieren, dominiert barer Klientelismus, der auf einem Schweige- und Subventionskonsens von Sozialministerien und Wohlfahrtsverbänden beruht: Das

² Allerdings beschränkte sich die Arbeitsmarktpolitik überwiegend und lange Zeit auf den Markt für abhängig Beschäftigte. Selbständigkeit von Einwanderern war als Folge der Anwerbepolitik, die vor allem auf Arbeiter in der Industrie zielte, kein Thema. Die langfristige Konsequenz davon ist, dass das Thema Selbständigkeit von Einwanderern in Deutschland ein bis in die Gegenwart von Forschung und Wirtschaftspolitik vernachlässigtes Thema darstellt. Für eine Ausnahme im Bereich der Forschung siehe: Veysel Özcan und Wolfgang Seifert: Selbständigkeit von Immigranten in Deutschland - Ausgrenzung oder Weg der Integration?, in: Soziale Welt 51, 3 (2000), S. 289-302.

eingespielte Team von Wohlfahrts-Lobbyisten und staatlichen, sprich: finanzierenden Institutionen perpetuiert diese sozialpaternalistischen Strukturen, deren Leistungen in der Regel keiner oder nur geringer öffentlicher Begutachtung ausgesetzt sind.³ Eine Evaluation der Leistungen und daran anknüpfende wettbewerbsorientierte Mittelvergabe, also Maßnahmen, die diese kartellartigen Zustände aufbrechen könnten, sind selbst heute unter fiskalischen Zwängen und der Bredouille knapper öffentlicher Kassen nur im Ansatz erkennbar.

Das eigentliche Manko ist jedoch nicht die erst späte politische Entdeckung der Themen Migration und Integration oder die oft erdrückende Vorherrschaft des sozialpolitischen Diskurses, sondern die nahezu vollständige Abwesenheit einer *kulturpolitischen Debatte* um die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft ist bisher Brachland, das seiner Bestellung harrt. Nur vereinzelt keimt hie und da ein wilder Sprössling, der womöglich von gesamtgesellschaftlicher und nationaler Bedeutung sein könnte. Allerdings grünt und blüht es in den oft wilden Gärten lokaler Kulturarbeit: in der (meist alternativen) Stadteilarbeit sprießen und wachsen - oftmals unkoordiniert und nicht selten wild wuchernd - allerlei kulturpolitische Initiativen, die meist auf dem Konsens der Wohlmeinenden fußen.⁴ Im lokalen Raum finden sich alternative Kulturzentren für Zuwanderer, multikulturelle Begegnungsstätten und andere Projekte mit eher kurzer Reichweite und nicht selten noch kürzerer Lebensdauer. Eine koordinierte kulturpolitische Initiative langer oder auch nur mittlerer Reichweite mit dem Willen zur politischen Gestaltung, zur Meinungsführerschaft und zur Durchsetzung von Machtansprüchen jedoch fehlt. Hier klafft eine eklatante Leerstelle.

Diese Lücke ist umso erstaunlicher und auch schmerzhaft, da ein nicht erheblicher Teil der migrationspolitischen Argumente in Deutschland sich - zumindest auf der Ebene der plakativen öffentlichen Auseinandersetzungen - explizit auf den Bereich der Kultur beziehen. Dies gilt sowohl für die Befürworter als auch für die vehementen Kritiker der Einwanderungsgesellschaft, die beide oftmals einer gewissen

³ Die Ausnahme bildet hier die Caritas.

⁴ Allerdings sollte betont werden, dass lokale und Stadteilarbeit dort, wo sie koordiniert und zielorientiert vorgeht bzw. die unterschiedlichen Akteure in die Entscheidungsfindung und Planung einbezieht, vorbildlich sein kann, um soziale Konflikte und das Scheitern von Integration zu verhindern. Für einen aktuellen Überblick über lokale Stadteilarbeit im Bereich Migration und Integration vgl. die kommende „Jahrestagung Stadteilarbeit 2003: MigrantInnen im Stadtteil“, ausgerichtet vom (Bundes-)Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. und von der Stadt Hannover (www.stadteilarbeit.de; Tagung vom 19. bis zum 21. November 2003).

essentialistischen bzw. kulturalistischen Vorstellung von Gruppen, Minderheiten und Nationen folgen. Weder die oft nur normativen Verlautbarungen, dass Deutschland und Europa längst *multikulturell* seien, noch die *ethnokulturell* grundierten Positionen, dass Einwanderung zu einer Auflösung des deutschen Volkes und seiner kulturellen Substanz führen könne, buchstabieren die kulturellen Ligaturen und Kohäsionskräfte der Einwanderungsgesellschaft bzw. der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft(en) hinreichend und überzeugend aus.⁵ Es fehlt hier an substanzieller Untermuerung, was das kulturell Gemeinsame, aber auch das Trennende, das Differente und in seiner Differenz wiederum dialektisch Verbindende und damit Anerkennenswerte sein könnte.

Unbeantwortet bleibt die Frage, was das Einwanderungsland Deutschland im Innersten zusammen hält oder besser: halten könnte und sollte. Eine Politik der kulturellen Anerkennung ist dabei für das Einwanderungsland Deutschland noch nicht einmal in Ansätzen ausbuchstabiert worden.⁶ Was bedeutet überhaupt substanzielle Anerkennung, wenn man sie kulturell und nicht rein sozialpolitisch oder durch den Zugang zur Staatsangehörigkeit, also nur rechtsformal definieren möchte? Welche Bereiche von Kultur müssen sich einer Erweiterung stellen? Wer könnten und sollten die Akteure sein, die diese Anerkennung und Erweiterung einfordern und durchsetzen? Welche Rolle sollten staatliche Instanzen in diesem Prozess spielen, welche Rolle nicht-staatliche Akteure bzw. die Zivilgesellschaft? Wie sähe eine erweiterte und offene Kulturpolitik innerhalb des "Kulturlandes Deutschland" und seiner heterogenen Kulturlandschaften aus? Wie änderte sich der etwas altbackene Begriff der "Kulturnation" unter den Bedingungen der Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft? Was bedeutete eine erweiterte Kulturpolitik für die sich ändernden Bilder des Eigenen und des Fremden? Wie sähe ein kultureller Dialog zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft auf gleicher Augenhöhe aus? Welche greifbaren Bilder ließen sich zu gemeinsamen Erinnerungsskizzen der Einwanderungsgesellschaft formen? Wie kann ein erweitertes "nationales" kulturelles Gedächtnis ausgestaltet werden, das die engen Grenzen des Nationalen

⁵ Die Begrifflichkeiten der Mehrheitsgesellschaft und der Minderheitsgesellschaft(en) sind hier um der analytischen Vereinfachung gewählt worden. In Reinform existieren sie natürlich so nicht als geschlossenen Systeme. Vielmehr handelt es sich um zwei Subsystems, die eine gemeinsame Schnittmenge haben, in sich aber wiederum stark fragmentiert sind.

⁶ Als bis heute maßgeblichen Beitrag von philosophischer Seite zur Frage des Multikulturalismus siehe: Charles Taylor: *Multiculturalism. Examining the Politics of Recognition* (Princeton, NJ: Princeton Univ. Press, 1994).

transzendiert, aber nicht notwendigerweise fragmentiert und parzelliert bzw. Migrationsgeschichte nicht allein im Randbereich der Gegengeschichte und der Geschichte des Kampfes um Anerkennung belässt, aber die Repräsentation der Migranten auch nicht harmonisierend in einer geglätteten Gesamtgeschichte Deutschlands (oder auch Europas) aufgehen lässt? Hier verbirgt sich unmittelbar die Frage, wie viel Konfliktgeschichte - und Migrationsgeschichte ist weitgehend auch Konfliktgeschichte - ein tragfähiges allgemeines Geschichtsbild verträgt, ohne zu zerbrechen? Es stellen sich also zahlreiche Fragen, von denen hier nur einige angeschnitten werden können.

2. Politik – Migration – Kultur: Schnittstellen und Kontrapunkte

„Eine interkulturelle Komponente hinsichtlich des Auslandes und der Ausländer in Deutschland gehört heute zu den spezifischen Merkmalen des Kulturbegriffs.“

„Unabhängig von Ressortverteilungen in der Bundesregierung gehören die Kulturen der in Deutschland lebenden Ausländer zu den Aufgabenbereichen der (auswärtigen) Kulturpolitik.“

25 Thesen des Beirats des Goethe-Instituts zur Sprach- und Kulturvermittlung im Ausland (1991)⁷

Der Dreiklang von Politik, Migration und Kultur ist in der internen bundesdeutschen Debatte eine neue, noch nicht deutlich vernehmbare Tonlage innerhalb der Auseinandersetzung um die Ausgestaltung und Einrichtung der Einwanderungsgesellschaft.⁸ Eine politische Durchdringung des Themas fand erst in den letzten zehn bis zwölf Jahren statt, wie oben dargelegt wurde. Eine kulturpolitische Debatte ist hingegen erst im Keim ersichtlich, eine bildungspolitische Debatte jedoch schon in Gange. Diese späte, um nicht zu sagen: verspätete Debatte mag verschiedene Gründe haben, die strukturell bedingt sind, nämlich durch die Beschaffenheit des politischen und kulturellen Raumes und seiner Akteure sowie die Art und Weise wie Migration nach Deutschland sich in den letzten 50 Jahren gestaltete bzw. wie Fragen von Staatsangehörigkeit und Einbürgerung gehandhabt wurden.

⁷ <http://www.goethe.de/z/50/beirat/dethes91.htm#Titel>

⁸ Dies war in der Debatte um die auswärtige Kulturpolitik anders. Dort wurden auf programmatischer Ebene, die Zitate oben belegen es, schon Anfang der Neunzigerjahre Weichen in Richtung Öffnung der Kulturpolitik und die Einbeziehung des Themas Migration gestellt.

Die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt vollzog sich bis in die jüngste Vergangenheit hinein nie in Verbindung mit der Anerkennung der Tatsache, dass es sich dabei auch um dauerhafte Einwanderung handele. Die Verschiebung der normativen Behauptung "Deutschland ist kein Einwanderungsland" über "Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland" hin zu "Deutschland ist ein de-facto-Einwanderungsland" war für einen großen Teil der politischen Klasse und auch weite Teile der Bevölkerung die nur widerwillige Anerkennung einer missliebigen Tatsache. In diesem System der permanenten Leugnung objektiv gegebener Sachverhalte konnte man folglich nur schwer oder gar nicht über die zukunftsweisende (kultur)politische Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft debattieren. Jede Debatte hätte die Behauptung, kein Einwanderungsland zu sein, ja sofort ad absurdum geführt. Als Konsequenz wurde von offizieller, also staatlicher Seite eine offensive Auseinandersetzung vermieden und die als "Problembereich" definierte Themen Migration und Integration in eine rein defensive und meist nur operativ agierende sozialpolitische Ecke abgedrängt. In dieser Nische durfte man sich um die eingewanderten Schmuttelkinder kümmern und einen Reparaturbetrieb für Kollateralschäden führen, die nicht zuletzt auch aus der Leugnung, in Deutschland in einer Einwanderungssituation zu leben, resultierten.

Hinzu kommt aber ein ebenso wichtiger Faktor, nämlich die Sprachlosigkeit vieler Migranten und ihre mangelnde Artikulationsfähigkeit in der Aufnahmegesellschaft bzw. in Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft. Diese Sprach- und Artikulationslosigkeit, die einem Dialog entgegenstehen, hat mehrere Gründe. Zuerst einmal ist sie Konsequenz der verfehlten Einwanderungspolitik, die nicht bemerkte oder bemerken wollte, dass die als "Gastarbeit" deklarierte Arbeitsmigration eine inhärente Tendenz zur Verstetigung hatte. Die Idee der Rotation, ein auf nur begrenzte Zeit intendierter Aufenthalt, ging nicht auf. Rotation und nur temporäre Arbeitsaufenthalte lagen weder im Interesse der Migranten noch im Interesse der Arbeitgeber, auch wenn viele Migranten anfänglich mit der Rückkehrabsicht kamen und in der Tat auch viele nur temporär bzw. für wiederholte temporäre Aufenthalte kamen. Ergo kam es zu dauerhafter Zuwanderung, Familiengründungen der Einwanderer bzw. Familienzusammenführungen, dem Heranwachsen einer so genannten zweiten, nun auch schon dritten Generation und der Bildung von urbanen Einwandererkolonien, wie man sie aus der Geschichte klassischer Einwanderungsländer kennt.

Die Verfestigung des Aufenthaltes war allerdings weder mit umfassenden Integrations- oder gar Identifikationsangeboten auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft verbunden noch mit einer gestaltenden Stadtteil- und Wohnungspolitik oder gar politischen Reformen die zu Anerkennung und Partizipation führten.⁹ Sprachkurse etwa, die in der heutigen Diskussion als das Allheilmittel der schnellen und erfolgreichen Integration von Migranten angepriesen werden, existierten in der Regel als Angebot nicht. Die mangelnde Vorausschau vieler Stadtplaner und städtischer Administrationen begünstigten die soziale Segregation von Zuwanderern und das Entstehen ethnischer Enklaven. Dies hatte zur Folge, dass eine sprachliche Integration durch das Alltagsleben und den alltäglichen Kontakt mit der Aufnahmegesellschaft oftmals kaum, manchmal gar nicht stattfand. Erschwerend kamen die schlechten Bildungsvoraussetzungen vieler Einwanderer hinzu. Es handelte sich meist um ländliche Bevölkerung oft nur mit schulischer Minimalqualifikation, auch Analphabetismus war unter Einwanderern aus Süd-Italien, dem ländlichen Portugal oder Anatolien keine Seltenheit.

Die Kombination dieser sozialen Gegebenheiten führte dazu, dass innerhalb der meisten Einwanderer-*communities* nur ein äußerst geringes Potenzial für die Rekrutierung von Sprechern, Interessenvertretern oder allgemeiner: von eigenen Eliten bestand, die sprachlich, intellektuell und sozial überhaupt in der Lage waren, einen Dialog mit Vertretern der Mehrheitsgesellschaft, sei er interkulturell oder nicht, zu führen bzw. die Interessen der Migranten zu artikulieren. Erst mit dem Heranwachsen der so genannten zweiten Generation werden diese notwendigen Repräsentanten sichtbar. Allerdings leiden auch die Kinder der Arbeitsmigranten noch an den aufgezeigten langfristigen strukturellen Hemmnissen und sind nur selten soziale Aufsteiger, so dass die Anzahl geeigneter und gut ausgebildeter Interessenvertreter und Sprecher nach wie eher gering ist. Dies hat zur Folge, dass in politischen und kulturellen Debatten zwar häufig *über*, aber nur gelegentlich *mit* Migranten geredet wird, während eigenständige Beiträge *von* Migranten eher die Ausnahme bleiben.

⁹ Bezeichnend für die lange Dauer, bis es zur politischen Anerkennung kam, waren die Permanenz des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes und die restriktiven Einbürgerungsmöglichkeiten. Bis 1990 war die Einbürgerung von Einwanderern nur unter ganz begrenzten Umständen möglich. Mit der Verabschiedung eines neuen Ausländergesetzes im Jahr 1990 wurde die Einbürgerung von Einwanderern erstmals systematisch geregelt. Im Jahr 2000 trat dann ein neues, modernes, allerdings in der Phase der Gesetzgebung politisch umstrittenes Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft, das den Erwerb der Staatsangehörigkeit und die Möglichkeiten zur Einbürgerung liberalisierte.

Für den (kultur)politischen Dialog ist diese Situation fatal. Sie führt zu einem asymmetrischen Verhältnis und bildet ein nicht leicht zu beseitigendes strukturelles Hemmnis, das sich auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft mittlerweile in den Köpfen verfestigt hat und oftmals handlungs- und entscheidungsleitend wirkt. Eine partizipatorische, interkulturelle und auf gleicher Augenhöhe verhandelte Politik hat mit diesen Widrigkeiten und Hemmnissen zu rechnen und muss sie, will sie erfolgreich sein, überwinden. Der Schlüssel zur Überwindung dieser Hemmnisse liegt u.a. in der Bildungs- und Kulturpolitik, gegenwärtig in der Gesamtgesellschaft im Allgemeinen und mit Blick auf Einwanderer besonders vernachlässigte und verwahrloste Politikbereiche.

3. (Nationale) Modelle der Repräsentation von Einwanderern

Die Frage danach, wie Migrationsgeschichte und die Geschichte ethnischer Minderheiten in die Nationalgeschichte wie auch in transnationale und nationsübergreifende historischen Deutung eingeschrieben werden kann wird in Zukunft vermutlich ein Schlüsselthema der bildungs- und kulturpolitischen Debatten und Entscheidungen werden.¹⁰ Wagt man einen Blick auf bisherige gesellschaftliche Versuche, die Repräsentation von Minderheiten zu ermöglichen bzw. zu verhindern, so kann man m.E. idealtypisch fünf unterschiedliche Muster ausmachen, die wie folgt charakterisiert werden können:¹¹

1. *Groupism*
2. Assimilation
3. Distinktive Integration
4. Nicht-Repräsentation

¹⁰ Dass der Streit um Anerkennung in einen veritablen Kampf um die historische Deutungshoheit zwischen unterschiedlichen ethnischen bzw. ethno-sozialen Gruppen führen kann, zeigten die Debatten in den USA seit den Achtzigerjahren. Die sich emanzipierenden Minderheiten, insbesondere African-Americans, mobilisierten mit Blick auf die Geschichte Ressourcen und Sprecher, um ihren Anteil gesellschaftlicher Teilhabe einzufordern.

¹¹ Die hier aufgezeigten Muster bilden kein geschlossenes Modell, vielmehr handelt es sich um Idealtypen, die realtypische Entsprechungen haben mögen, jedoch auch Überschneidungen zeigen, so z.B. bei den beiden Idealtypen des *groupism* und des 'Multikulturalismus'. Will man es in einem Vergleich fassen, so gleicht das Modell des *groupism* einem Puzzle, das nicht zusammengesetzt ist, sondern in Einzelteile zerfällt, sich also kein ganzes Bild ergibt. Das Modell des Multikulturalismus hingegen ähnelt einem zusammengesetzten Puzzle, bei dem man zwar die Einzelteile nach wie vor deutlich erkennt, aber ein Gesamtbild entsteht. Für eine umfassendere Diskussion dieses Modells siehe Rainer Ohliger: *Beyond the National Narrative: Europeanizing Migration History – Narrating Europe from Its Margins*, in: 'Ab Imperio: Theory and History of Nationalism and Empire in Post-Soviet Space', Nr. 2/2003, S. 69-99).

5. Multikulturalismus

Diese fünf idealtypischen Muster finden sich (zumindest teilweise) in bestehenden realtypischen Gesellschaften wieder. Für das Modell des *groupism* ist vermutlich der US-amerikanische Fall im Anschluss an das *ethnic revival* der Sechziger- und Siebzigerjahre bzw. die darauf folgende Etablierung der *political correctness* und der ihr immanenten Anerkennung von Minderheiten das beste Beispiel.¹² Als Ergebnis konkurrieren verschiedene, teils separate Geschichten von Einwanderer-*communities*, ethnischer Minderheiten bzw. sozialer Gruppen (daher *groupism*). Diese Geschichtsauffassungen und -interpretationen sind eher ein eigenständiger bzw. separater Teil der Nationalgeschichte (oder besser im Plural: 'Geschichten' im Sinne historiographischer Deutungsentwürfe) als ein essentieller Teil nur einer weitgehend geteilten und womöglich kohärenten Nationalgeschichte. In diesem Modell hat jede Gruppe ihre eigene historische Narration, beansprucht ein eigenes Museum sowie eigene Institutionen und arbeitet an der eigenen gruppenspezifischen kollektiven Erinnerung. Sie zielt nicht auf ein gesamtgesellschaftliches historisches Gedächtnis, sondern auf partielle historische Erfahrungen der eigenen Gruppe (z. B. *black history*, *ethnic history*, *feminist history*, *gay and lesbian history*). Dieser Zugang zur Geschichte führt zur Pluralisierung, kann aber auch zur Fragmentierung und Auflösung jeglicher nationaler bzw. übergreifender Geschichte führen. Im Extremfall ist die Nationalgeschichte nur noch die Summe dieser einzelnen partikularen Narrationen, die kein Ganzes mehr ergeben: die nationale Geschichte ist ein lose verbundenes *patchwork* oder sie hört gar auf, als eigenständige Einheit zu existieren. Kritiker würden einwenden, dass dieser Zugang zur Geschichte den Zusammenhalt einer Gesellschaft gefährdet und Tribalisierung nach sich zieht.¹³ Man mag aber auch einwenden, dass dieses Modell durchaus glücken kann, wenn eine Gesellschaft nicht vorwiegend auf einem historisch-kulturellen und geschichtsmythologisch begründeten Zusammenhalt fußt, sondern eher auf geteilten politischen Werten und Institutionen. So dass die Bereiche der Kultur und der Geschichte weniger wirkungsmächtig beim *nation building* und der Konstruktion nationaler Zugehörigkeit sind.

¹² Taylor 1994 und Anthony Appadurai: *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization* (Minneapolis; London: Univ. of Minnesota Press, 1997).

¹³ So auch der amerikanische Historiker Arthur Schlesinger: *The Disuniting of America* (New York, NY: Norton, 1992).

Das entgegengesetzte Modell ist die Assimilation von Einwanderern und ihrer Geschichte in die Kultur und Deutungsmuster der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft, die ihre Werte und historischen Erinnerungen als leitend und überlegen versteht. In idealer Weise hat das historische, republikanische Frankreich zwischen 1789 und 1945 dieses Muster verkörpert. Das Modell sieht Einwanderer (und Minderheiten) als konstitutive und essentielle, aber nicht separate oder distinkte Teile der politisch definierten Nation und ihrer Nationalgeschichte an. Die Schaffung ethno-kulturell blinder Staatsbürger (französische *citoyens*) mit einer gemeinsam geteilten bzw. als gemeinsam konstruierten Vergangenheit ist das vorwiegende Ziel innerhalb des Modells.¹⁴ Dieser Zugang zur Vergangenheit erkennt keine ethnischen, regionalen oder historischen Wurzeln und Differenzen unter Immigranten oder Minderheiten an. Auch lässt er keinen Raum für spezielle Gruppenrechte oder die Anerkennung von Partikularismen und Partikularinteressen. Ein gruppenspezifisches historisches Narrativ mag sich auf vom Staat unabhängiger, lokaler Grundlage entwickeln, aber es wird nicht von staatlicher oder offizieller Seite initiiert oder gar unterstützt. Dem republikanischen Werten, auf denen das Modell basiert, Genüge zu tun ist die vornehmste Pflicht staatlicher Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Die dritte Alternative wäre ein Modell distinktiver Integration und Repräsentation privilegierter¹⁵ Migranten wie z. B. ko-ethnischer Zuwanderer oder von Kolonialrepatrianten. Dieser Zugang ist durch eine relativ reibungslose Integration von Migranten in das nationale Narrativ gekennzeichnet, d.h. ohne das Bestreben, die Gruppe oder ihre Geschichte zu assimilieren. Stattdessen werden diese Zuwanderer und ihre Geschichte als ein integraler, aber doch eigenständig sichtbarer und wesentlicher Teil der nationalen Gesamtgeschichte eingefügt. Die Aufnahme von (deutschen bzw. deutschstämmigen) Flüchtlingen und Vertriebenen bzw. ihren Nachfahren den Aussiedlern in (West-)Deutschland steht für solch ein Modell. Niederländisch-indonesische Repatrianten, die im Zuge der Dekolonisierung in die

¹⁴ In extremer und karrierender Form zeigt sich dieser nationalmythologische Zugang zur Geschichte in französischen Schulbüchern der Kolonialzeit, die Schulkindern in den kolonisierten Territorien lehrten: 'Nos ancêtres les Gauls' ('Unsere Vorfahren die Gallier'). Dieser, der Kolonialbevölkerung oktroyierte französische Abstammungsmythos erwies sich jedoch als recht erfolgreich, um (potenzielle) Franzosen innerhalb des universalistischen Systems und der 'mission civilisatrice' heranzubilden.

¹⁵ Privilegiert heißt in diesem Sinn, dass bevorzogter Zugang zum Staatsterritorium, zur Staatsangehörigkeit und oft auch zu Integrationsprogrammen gewährt wird.

Niederlande kamen oder französische *Pieds-Noirs* aus Algerien, die nach Endes des Algerienkriegs 1962 ins französische Mutterland "zurückkehrten" wären zwei andere Gruppen, die solch einen Fall distinktiver Integration exemplifizierten.¹⁶ Man könnte auch jene Juden dieser Kategorie hinzufügen, die der Diskriminierung (oder auch nur der wirtschaftlichen Misere in Osteuropa, in der (ehemaligen) Sowjetunion, im Irak oder in Äthiopien entflohen, um nach Israel einzuwandern. Diese Art der (historischen) Repräsentation basiert oft auf einem Narrativ von Leid und auf einem spezifischen Opferstatus der Zwangsmigranten. Aus diesem Status speist sich dann die Identität nach der Migration. Dieser tatsächliche oder auch nur zugeschriebene Opferstatus ermöglicht es der Aufnahmegesellschaft, die sich in der Regel mit diesen Opfern identifiziert, die Migrationsgeschichte leichter in das eigene nationale Narrativ einzufügen. Die aufnehmende Gesellschaft und der ihr zugehörige Staat ist dann (eher) geneigt, ein (eigenständiges) Geschichtsbild dieser privilegierten Migranten anzuerkennen und zu unterstützen. Dies zeigt sich z.B. durch die Etablierung von staatlich unterstützten Forschungen, Forschungsinstitutionen und Museen bzw. musealer Repräsentationen.¹⁷

Das vierte Modell ist eigentlich ein Modell der Nicht-Repräsentation, d.h. eines, das Migrationsgeschichte innerhalb der (nationalen) Geschichtsschreibung und historischen Repräsentation vollständig ignoriert, indem es Einwanderungsminderheiten als nicht zur eigenen Geschichte gehörig deklariert und sie daher übersieht bzw. keine Raum für (historische) Repräsentation gewährt. Dies ist wahrscheinlich die am weitesten verbreitete Haltung der meisten Länder gegenüber Zuwanderern. Zumindest gilt dies für Länder, die sich nicht explizit als Einwanderungsländer verstehen, selbst wenn ein größerer Teil ihrer Bevölkerung eingewandert sein mag. Die Haltung vieler westeuropäischer Gesellschaften gegenüber Arbeitsmigranten, die bis zum Anfang der Siebzigerjahre angeworben

¹⁶ Zum Vergleich der historischen Repräsentation von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen, französischen *Pieds Noirs* und niederländisch-indonesischen Kolonial-Repatrianten in historischen und geographischen Schulbüchern siehe: Rainer Ohliger: 'Privileged Migrants in Germany, France and the Netherlands: Return Migrants, Repatriates and Expellees after 1945', in: Hanna Schissler und Yasemin Soysal: *The Nation, Europe, and the World. Textbooks in Transition*, edited by Hanna Schissler and Yasemin Soysal, New York: Berghahn Books, 2003, im Erscheinen).

¹⁷ Im deutschen Fall zeigt sich es durch die staatliche Unterstützung der Kulturarbeit der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihrer Kulturorganisationen. Sie wird seit der Verabschiedung des Bundesvertriebengesetzes im Jahr 1953 in § 96 eben jenes Gesetzes geregelt.

wurden, ist ein beredtes Beispiel für eine solche Haltung, auch wenn sich hier innerhalb der letzten 20 Jahre langsam ein Wandel abgezeichnet hat.¹⁸

Das fünfte Modell der Repräsentation von Einwanderungsminderheiten, das multikulturelle Modell, wird als Realtypus vermutlich am ehesten in Kanada verwirklicht.¹⁹ In einer, wenngleich anderen Art, nämlich territorial definiert und nicht explizit auf Einwanderer zielend, wird das multikulturelle Modell auch durch die Schweiz repräsentiert. Im Gegensatz zum Modell des *groupism* bzw. einer ethnozentrischen Einfärbung, bietet das Modell des Multikulturalismus - zumindest in der Theorie - ein die Gesamtgesellschaft umfassendes soziales 'Design', das die einzelnen Teile der Gesellschaft in ihrer Besonderheit anerkennt und eben durch diese Anerkennung auch zusammen bindet, so dass ein kohärentes Bild der Vergangenheit bzw. eine schlüssige Repräsentation der Geschichte entsteht. Allerdings ähnelt dieses Bild mit all seinen Unschärfen und Brüchen eher einem mittelalterlichen Mosaik, nicht der Historienmalerei des 19. Jahrhunderts. Somit mag es durchaus den *patchwork*-Biographien individualisierter und teils auch fragmentierter postmoderner Gesellschaften entsprechen. Idealerweise spielen in einem solchen Modell Mehrheiten und Minderheiten also einzelne Mosaiksteine eine gleichgewichtige Rolle bei der Konstruktion des Bildes über die (nationale) Vergangenheit. Die nationale Geschichte und Erinnerung wird also als Spiegel und als Ergebnis sozialer und ethnischer Vielfalt gesehen. Die Rolle des Staates und staatlicher Institutionen, die historische Deutung generieren und offerieren, ist dann beschränkt auf die Position des ehrlichen Maklers, der die historische und historiographische Repräsentation von Migranten und Mehrheitsgesellschaft fair und gleichgewichtig aushandelt. Das Modell des Multikulturalismus birgt allerdings auch die Gefahr, so Kritiker, möglicherweise zur Durchsetzung von Gruppenegoismen (*groupism*) in der Gesellschaft und der Darstellung der Vergangenheiten zu führen.²⁰

¹⁸ Man könnte auch durchaus argumentieren, dass die Haltung der Mehrheitsgesellschaften gegenüber angestammten ethnischen Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa diesem Modell entspricht. In diesen Fällen - so z.B. bei ethnischen Ungarn in der Slowakei oder Rumänien, seit dem Zerfall der Sowjetunion auch bei ethnischen Russen im Baltikum oder in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR - entspricht die Struktur der Exklusion der Minderheitengeschichte von der oft (ethnonational gefärbten) historischen Repräsentation der Mehrheitsgesellschaft dem Muster das gegenüber Arbeitsmigranten in Westeuropa vorherrscht.

¹⁹ Will Kymlicka: *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights* (Oxford: Oxford University Press, 1995).

²⁰ Für einen Überblick und eine Analyse der Debatten um Multikulturalismus, kulturelle Differenz und die Konstruktion von Groß-Identitäten, siehe: Michel Wieviorka: *Kulturelle Differenzen und kollektive Identitäten* (Hamburg: Hamburger Edition, 2003).

Die (übertriebene) Anerkennung von Differenz, so das Argument, hat die inhärente Tendenz, Unterschiede um den Preis der Aufgabe gesellschaftlicher Kohärenz zu verfestigen.

Es gilt zu betonen, dass die Entstehung dieser realtypischen Modelle stark von konkreten sozialen und politischen Bedingungen wie auch vom zeitlichen Entstehungshorizont abhängen. Sie können nicht einfach oder mechanistisch von einer Gesellschaft auf die andere übertragen werden. Einige der gewählten Beispiele veranschaulichen diese Tatsache: Die kanadische Spielart des Multikulturalismus entstand zu einer spezifischen Zeit unter spezifischen Bedingungen und vor allem innerhalb einer spezifischen Tradition der Zivilgesellschaft innerhalb eines etablierten und funktionierenden Wohlfahrtsstaats. Obgleich der gleiche Begriff in Kanada und in den USA verwendet wird, ist die Bedeutung des Begriffs in beiden Ländern unterschiedlich, beruht auch auf unterschiedlichen diskursiven Zusammenhängen, wird von unterschiedlichen historischen Traditionen beeinflusst und antwortete auf unterschiedliche politische Herausforderungen, die aus vergangenen und gegenwärtigen Konflikten resultierten. Während der Begriff in den USA im Zusammenhang mit der Bürgerrechtsbewegung und der Anerkennung von Differenz (d.h., '*race differences*') innerhalb des *ethno-racial pentagon*²¹ steht (*native American, African-American, Hispanic or Latino, Asian-American and white* oder *Caucasian-American*), wird der Begriff in Kanada in einem umfassenderen Sinn gebraucht. Er bezieht sich insbesondere stärker auf die Unterschiede zwischen Einwanderergruppen und ist offener definiert und gestaltet, was die begriffliche Wandlung und die Einbeziehung neuer ethnischer Gruppen anbelangt. Stellt man diese Tatsachen in Rechnung, war es nicht verwunderlich, dass die Übertragung des Begriffs und Konzepts, d.h. die Situativität, von Nordamerika auf Europa seit Beginn der Achtzigerjahre vornehmlich durch die europäische Linke zum Scheitern verurteilt war. In seiner ganzen Naivität verkannte dieser Transfer die historische und kontextgebundene Dimension. Es gilt also zu betonen, dass Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft sowie Fragen der Integration und Repräsentation zwar nicht historisch oder gar ethnisch determiniert, allerdings pfadabhängig sind.

²¹ Für das Modell des *ethno-racial pentagons* siehe David A. Hollinger: *Postethnic America: Beyond Multiculturalism* (New York: Basic Books, 1995).

4. Kultur- und bildungspolitische Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft

Kultur- und Bildungspolitik als Integrationspolitik und deren Erweiterung unter den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft kann ihren Ausgang nur innerhalb des gegebenen (nationalen) Rahmens und der bestehenden Strukturen nehmen, will sie eine Chance auf Akzeptanz und Erfolg haben und sich nicht allein im Widerstand gegen herrschende Positionen und Akteure aufreiben.²² Daher lohnt ein Blick auf die Elemente bestehender Kulturpolitik des Einwanderungslandes Deutschland, um auszuloten, wo und wie Handlungs- und Gestaltungsspielräume für eine erweiterte Kulturpolitik bestehen.²³ Die offiziellen „kulturpolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen des Bundes konzentrieren sich (...) vor allem auf drei zentrale Aufgaben:

1. die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kunst und Kultur,
2. den Aufbau und die Förderung gesamtstaatlich bedeutsamer kultureller Einrichtungen,
3. und die Bewahrung und den Schutz des kulturellen Erbes“.²⁴

Nimmt man diese selbst gewählte Definition gesamtstaatlicher Kulturpolitik in Deutschland zum Ausgangspunkt für die Reflektion und Diskussion darüber, was es heißen könnte, Kultur- und Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft zu definieren und zu gestalten, so könnte man die Zielsetzung in Analogie zu diesen drei Kernpunkten ausbuchstabieren. Dabei sollte Kulturpolitik im Zusammenhang mit Bildungspolitik diskutiert und gedacht werden. Außerdem kann diese Politik im föderalen Staat natürlich nicht allein auf den Bund als gesamtstaatlichen Akteur zielen, der in Deutschland im Bereich Bildung und Kultur ja nur eingeschränkte

²² Der Blick in diesem Beitrag fällt vornehmlich auf die staatliche Rolle im Bereich der Kultur. Es sollte aber in Rechnung gestellt werden, dass ein großer Teil des kulturellen Lebens sich im zivilgesellschaftlichen und privat organisierten Bereich abspielt. Ein gutes Beispiel innerhalb der Kultur des Einwanderungslandes Deutschland ist die Jugendkultur. HipHop, eine wesentliche und originär migrantische Form (jugend)kultureller Artikulation, ist z.B. in vielerlei Hinsicht politischer als die gesamte staatliche Kulturpolitik, die für oder von bzw. mit Migranten umgesetzt wird.

²³ Unter einer *erweiterten* Kulturpolitik wird in Folge eine Politik verstanden, die sich an die Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft im Einwanderungsland wendet und Akteure aus beiden 'Lagern' gleichberechtigt einbezieht.

²⁴ Siehe <http://www.kulturportal-deutschland.de> link Kulturpolitik Bund.

Kompetenzen hat, sondern muss Bund, Länder und Gemeinden umfassen. So ließe sich also im Analogieschluss und in der Erweiterung der obigen Definition weiträumig formulieren: Eine Integrationspolitik als Kultur- und Bildungspolitik zielt auf,

1. die Verbesserung der **Rahmenbedingungen** für Kunst, Kultur und Bildung von Migranten,

2. den Aufbau und die Förderung kultureller **Institutionen** von und für Migranten bzw. unter Beteiligung, Berücksichtigung und Repräsentation von Migranten,

3. die Bewahrung und den **Schutz des kulturellen Erbes** der Einwanderer.

ad. Rahmenbedingungen

Bricht man diesen Analogieschluss auf pragmatische und für den Gebrauch im politischen Alltag umsetzbare Forderungen herunter, so ergeben sich eine Reihe von Überlegungen und Vorschlägen. Nicht zuletzt bedeutet die Schaffung von Rahmenbedingungen dann, dass Gestaltungsräume für Akteure der Migranten *communities* geschaffen werden. Dies wird nicht mit einer allein auf sprachliche und wirtschaftliche Integration oder gar Assimilation gerichteten Politik gelingen, sondern nur durch Anerkennung auf gleicher Augenhöhe, *empowerment* von Migranten, die Ausgestaltung und Modernisierung tragfähiger und schlagkräftiger Institutionen und die Repräsentation von Migranten in gesamtgesellschaftlich bedeutenden Institutionen.

Nicht zuletzt ist aber auch die Schaffung "klimatischer" Bedingungen wichtig, die auf gesellschaftliche Akzeptanz und Pluralität von "Fremden" bzw. Differenz zielen. Letzteres wird eine langfristige Aufgabe und Arbeit sein, die der Mehrheitsgesellschaft und ihren Institutionen eine bewusste Entscheidung für die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft abverlangen und, sofern erfolgreich, die Gesellschaft im Kern öffnen und modernisieren wird. Die Schaffung eines der Migration und Integration förderlichen Klimas, das letztlich zu einem Migrations- und Integrationsbewusstsein führt, also hin zur geteilten Auffassung: "Deutschland ist (und will auf Grund aufgeklärten Eigeninteresses) ein offenes und integrationsbereites Einwanderungsland (sein)", ist eine Forderung, die sich vor allem an die Bereiche

Bildung, Kultur und Medien richtet. In diesen drei Bereichen werden nämlich 1. die Rahmenbedingungen für die diskursive Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft gesetzt 2. Bilder von dem, was das Eigene ausmacht bzw. als fremd gilt, vermittelt und 3. das Alltagshandeln der Einwanderungsgesellschaft praktisch eingeübt.

Wie eine stärkere Repräsentation von Migranten bzw. Themen die mit Migration und Migrationsgeschichte zu tun haben in diesen drei Kernbereichen zu erzielen ist, bleibt eine bislang offene bzw. nur ungenügend beantwortete Frage. Ob analog zum *gender mainstreaming* ein *migrant mainstreaming* oder gar die Einführung einer Quote bzw. einer Art *affirmative action* nach amerikanischem Muster hilfreich ist, sollte - durchaus kontrovers - diskutiert werden. Welche Rolle staatliche bzw. zivilgesellschaftliche Akteure dabei spielen, ist ebenfalls ein nicht abschließend geklärter Punkt.

ad. Institutionen

Es sei hier kurz auf zwei Bildungs- und Kulturinstitutionen verwiesen, deren Format und Blick es zu erweitern gilt, soll die Einwanderungsgesellschaft ausgestaltet werden, nämlich die Schule und das (historische) Museum als Ort des historischen Lernens und der Unterhaltung. Migration und Migrationsgeschichte wurden bislang in beiden Institutionen als Themen vernachlässigt. Ein Blick in Curricula und Schulbücher bzw. in die Ausstellungskataloge, Residuen musealer Arbeit, untermauern diese Einschätzung.²⁵

Schule, Curricula, Schulbücher

²⁵ Für den Bereich der temporären historischen Ausstellungen muss allerdings seit den letzten ca. fünf Jahren hinzugefügt werden, dass zahlreiche, meist regional begrenzte migrationsgeschichtliche Ausstellungen in Deutschland konzipiert und gezeigt worden sind. Stellvertretend seien hier die folgenden Ausstellungen genannt: "Fremde Heimat" (DOMit e.V./Ruhrlandmuseum Essen); "Wir sind die nächsten... Türkiye'den Berlin'e": Die zweite Generation" (Kreuzberg Museum Berlin); "Für 50 Mark einen Italiener" (Kulturamt München); "hier geblieben". Zuwanderung und Integration in Niedersachsen von 1945 bis heute" (Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen); für das Jahr 2005, wenn sich der deutsch-italienische Anwerbevertrag zum 50. Mal jährt, sind zwei große historische Ausstellungen geplant, eine durch das Deutsche Historische Museum in Berlin und eine durch DOMit e.V., den Kölnischen Kunstverein und die Universität Frankfurt. Letztere Ausstellung wird durch die Kulturstiftung des Bundes gefördert. Das Manko aller bisherigen Ausstellungen war jedoch, dass ihnen Permanenz fehlte und sie regional begrenzt waren. Nach Ablauf der Ausstellungszeit wurden die gezeigten Quellen und Artefakte bestenfalls ins Museumsarchiv zurück verfrachtet, im schlechtesten Fall landeten sie auf dem Müll.

Schulen, Schüler und Lehrer in Deutschland leben in einem konstanten Widerspruch. In den Klassenzimmern der größeren Städte machen Kinder aus Einwandererfamilien mittlerweile eine große Anzahl aus, je nach Schulart und Wohnbezirk gelegentlich auch die Mehrheit. Das Thema Migration kommt im Fachunterricht, sei es Geschichte, Gemeinschaftskunde oder Sprach- bzw. Literaturunterricht, jedoch meist nur peripher oder gar nicht vor. Als Beispiel mag der Geschichtsunterricht herangezogen werden: Hier lernt man zwar nach wie vor etwas über *Türken vor Wien*, aber selten etwas über *Türken in Berlin* oder wie diese dort hingelangten.²⁶

Lehrer und Lehrerinnen sind auf die de facto multikulturelle Herausforderung in ihrem Arbeitsalltag nur ungenügend vorbereitet, was nicht zuletzt auch an einer Überalterung der Lehrerkollegien liegt. Die Mehrzahl der Unterrichtenden erhielt ihre akademische und didaktisch-pädagogische Ausbildung vor zwanzig und mehr Jahren, als das Thema Migration noch keine große Bedeutung innerhalb der bildungs- und kulturpolitischen Debatten, geschweige denn der Lehrerausbildung hatte. Die Curricula der einzelnen Bundesländer räumen dem Thema Migration nur geringe Bedeutung ein. Schulbücher repräsentieren die jüngere Arbeitsmigration, wenn überhaupt, meist klischeebeladen (z.B. mit der Metapher des Migrantenkinds das zwischen zwei Stühlen sitzt) oder als Reproduktion von Klischees wie dem millionsten "Gastarbeiter".²⁷ Eine unvermeidbare Folge dieser Situation ist, dass Kindern aus Einwandererfamilien nur ungenügende Identifikationsangebote gemacht werden, Schule also teils erst die beklagte Fremdheit und Distanz erzeugt, sie zumindest aber verstärkt und die Integration so erschwert.²⁸ Soll diese

²⁶ Als weitere Beispiele im Bereich der (spät)mittelalterlichen Geschichte mögen die oft verkürzte Darstellung der Kreuzzüge des Hochmittelalters oder aber die Einnahme Konstantinopels durch das Osmanische Reich im Jahr 1453 gelten. In der Regel erfahren Schüler beim letzteren Ereignis etwas über die Tragik des Verlustes aus europäischer oder auch christlich-orthodoxer Sicht, doch bleiben die systematischen Zusammenhänge, also die Gründe für den rasanten Aufstieg des Osmanischen Reiches und seine damalige Modernität im Nebel der Unkenntnis verborgen. Im schlechtesten Fall wird so die Basis für historisch fundierte Feindbilder gelegt oder perpetuiert. Man kann sich gelegentlich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Bild der Türkei und türkischer Einwanderer in den deutschen Medien und Schulen in etwa so nuanciert ist wie das Deutschlandbild in Großbritannien.

²⁷ Für eine Analyse von Migration im Schulbuch siehe: Bettina Alavi: 'Geschichtsschulbücher als Gedächtnis der Einwanderungsgesellschaft', in: Jan Motte und Rainer Ohliger (Hg.): *Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft: 40 Jahre Migration aus der Türkei zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik* (Essen: Klartext-Verlag, im Erscheinen).

²⁸ Für eine komparative europäische Analyse, die auf teilnehmender Beobachtung in Amsterdam, Berlin und Paris beruht siehe: Werner Schiffauer, Gerd Baumann, Riva Kastoryano und Steven Vertovec (Hg.): *Staat-Schule-Ethnizität* (Münster: Waxmann Verlag, 2002), hier insbesondere die Beiträge von Sabine Mannitz zu Deutschland.

kontraproduktive Situation geändert werden, müssen die Institutionen Schule, Lehreraus- und Fortbildung sowie die Inhalte von Schulbüchern reformiert werden. Migration muss als Thema stärker sichtbar werden. Dies gilt im Bereich der schulischen Lehr- und Lerninhalte wie auch für die Zusammensetzung des Lehrkörpers. Ergo stehen zwei Forderungen im Raum: erstens sollten Curricula, Lehrinhalte und Schulbücher einer systematischen Überprüfung unterzogen werden, um sie passgerecht für die Einwanderungsgesellschaft auszugestalten. Zweitens sollte eine Pluralisierung der Lehrerschaft angestrebt werden, indem mehr Personen aus eingewanderten Familien ausgebildet und eingestellt werden. Dies hätte auch den positiven Nebeneffekt, dass Vorbilder für Schüler aus Migrantenfamilien unmittelbar im Alltag sichtbar würden. Positive Rollenbilder sind für (Bildungs-)Erfolg, Anerkennung und Integration nicht zu unterschätzen.

Museen und historische Ausstellungen

Die historische Erzählung in Geschichtsmuseen (wie auch überwiegend die universitäre Forschung) folgt in Deutschland immer noch einem eher nationalen Kanon und Narrativ. Im Zentrum des Geschehens, Erzählens und Ausstellens stehen meist die Geschichte des deutschen Volkes bzw. der deutschen Nation oder aber historische Ereignisse innerhalb des deutschen Staatsgebiets bzw. dessen, was historisch einmal das deutsche Staatsgebiet ausgemacht hat. Dies ist im Zeitalter der Globalisierung gelinde gesagt ein Anachronismus. Die national zentrierte, gelegentlich auch noch ethnozentrische Sichtweise von Geschichte bildet ein strukturelles Hemmnis, um Migration angemessen abzubilden, die sich ja meist transnational bzw. überstaatlich vollzieht. Eine nicht-intendierte Folge dieser Konzeption historischer Darstellung ist, dass nicht-deutsche bzw. aus Einwandererfamilien stammende Ausstellungsbesucher allenfalls auf der intellektuellen, aber nicht auf der emotional-identifikatorischen Ebene der Geschichtsdarstellung angesprochen werden. Anders formuliert: sie finden sich oftmals in historischen Ausstellungen nicht wieder, da der eigene Teil der Geschichte als Zuwanderer nicht präsent gemacht wird. Migranten wird meist kein Angebot für Identifikation und Identitätsbildung geboten. Besucher der Mehrheitsgesellschaft hingegen, die aus einem national sozialisierten Kontext stammen, durchlaufen solche Ausstellungen mit dem Ergebnis der Affirmation schon vorhandenen Wissens bzw. vorhandener national kodierter Geschichtsbilder und/oder mit der Ausblendung

eigener Migrationserfahrungen, die in der Geschichte womöglich schon Generationen zurück liegen. Ein nationaler Deutungshorizont wird so auf beiden Seiten - Migranten und Mehrheitsgesellschaft - verstärkt. Um diesem institutionellen Dilemma zu entgehen, wäre es wünschenswert, wenn historische Ausstellungen, das nationale Raster mehr und mehr überschreiten, indem einerseits vergleichende Ausstellungen konzipiert und verwirklicht werden, andererseits die Beziehungsgeschichte unterschiedlicher Gesellschaften, also Interferenzen, stärker ins Blickfeld gerät. Insbesondere letzteres würde dann der stärkeren Berücksichtigung der Migrationsgeschichte in schon etablierten Institutionen die Tür öffnen.

Unabhängig von der stärkeren Berücksichtigung des Themas Migration in etablierten Institutionen (z.B. National- oder Regionalmuseen) als integraler Teil der Dauerausstellung und durch Wechselausstellungen steht die legitime Forderung, das Thema in einer eigenen unabhängigen Institution zu verankern. Ein Migrationsmuseum oder "Zentrum für Kultur und Geschichte der Migration" könnte zu einer dauerhaften, institutionell gesicherten historischen Repräsentation von Migration führen. Ein solcher Ort der Erinnerung trüge zur lebendigen Auseinandersetzung um die Fragen der Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft bei. Indem Migration in ihrer zeitlichen Dimension dargestellt und erfahrbar gemacht wird, würde ein Beitrag geliefert, um ein Migrationsbewusstsein in der Gesamtgesellschaft bzw. ein Leitbild der Einwanderungsgesellschaft ein zu schaffen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Migration könnte also einen durchaus wichtiger Beitrag für die Herausforderung der Gegenwart liefern, die zeitgenössischen Debatten und Konflikte also historisch unterfüttern. Dazu bedarf es aber einer Institutionalisierung in der einen oder anderen Form, vor allem aber auch der Sicherung des kulturellen Erbes der Einwanderer, eine essentielle Vorbedingung für die Schaffung eines Museums.

ad. Schutz des kulturellen Erbes

Schützen läßt sich nur, was zuvor bewahrt wurde. Allein hieran mangelt es im Bereich der Migrationsgeschichte schon. Voraussetzung für die Repräsentation von Migrationsgeschichte in Ausstellungen und Museen bzw. die Gründung eines Migrationsmuseums ist die Sammlung und Sicherung von Quellen, Dokumenten und

Artefakten durch kompetente Institutionen, in der Regel Archive (für Artefakte sind allerdings die Museen zuständig). Nur so kann Migrationsgeschichte dauerhaft gesichert und sichtbar gemacht werden. Die Sicherung dieses kulturellen Erbes, insbesondere im Bereich der Zeitgeschichte, ist institutionell und materiell nicht hinreichend ausgestaltet. Zwar haben die staatlichen Archive, einen gesetzlich geregelten Sammlungsauftrag, jedoch umfasst dieser die Migrationsgeschichte nur partiell und nicht explizit, nämlich nur in jenen Bereichen, in denen staatliche Institutionen handeln, um migrationspolitisch zu wirken. Aber selbst hier ist nicht garantiert, dass sich die interessanten Prozesse und Ereignisse in einer Sammlung abbilden, da auf Grund der großen Datenmengen heute trotz moderner Datenverarbeitung nur noch exemplarisch dokumentiert und gesammelt wird. Gesichert werden also vornehmlich staatlich generierte Quellen, die wiederum in staatlichen Archiven aufbewahrt werden, so z.B. die Bestände des Innenministeriums im Bereich Ausländer, Zuwanderung bzw. Zuwanderungsgesetz, die im Bundesarchiv deponiert werden.²⁹

Weitestgehend nicht durch die staatliche Sammlungstätigkeit abgedeckt werden - und das ist für eine moderne sozial-, alltags- und kulturgeschichtliche Repräsentation der Migrationsgeschichte äußerst wichtig - Dokumente, Quellen und Artefakte, die ihre Entstehung einem privaten Zusammenhang verdanken. Dies gilt z.B. für die Quellen aus Migrantenvereinen, Moscheen und Kirchen, aber auch für private Nachlässe, alltagsgeschichtliche Dokumente wie auch für Interviews mit der Erlebnisgeneration, deren Erfahrungen bislang unzureichend dokumentiert sind.³⁰

5. Kulturpolitik als Politik der kulturellen Ausgrenzung – Kulturpolitik als Politik der kulturellen Anerkennung

²⁹ Allerdings ist die Archivierung wichtigen Quellengutes aus staatlicher Provenienz nicht prinzipiell gesichert. So fallen die Akten des Berliner Integrationsbeauftragten laut Auskunft der langjährigen Amtsinhaberin Barbara John nach wie vor regelmäßig dem Schredder zum Opfer.

³⁰ Was die Erschließung von migrationsgeschichtlichen Beständen in Archiven anbelangt ist Frankreich vorbildlich. Vgl. den von der Migrantenorganisation Génériques herausgegebenen und dem Kulturministerium geförderten mehrbändigen Archivführer: *Les étrangers en France. Guide des sources d'archives publiques et privées XIX-XXèmes siècles*, 3 Bände. (Paris: La Documentation Française, 1999).

"Warum sollte Pennsylvanien, das von Engländern gegründet wurde, eine Kolonie von Fremden werden, die in Kürze so zahlreich sein werden, dass sie uns germanisieren, anstatt dass wir sie anglisieren?"

Benjamin Franklin 1751

Kultur, kulturelle Anerkennung bzw. die Verweigerung dieser Anerkennung scheinen paradigmatische Kategorien des Streites bzw. der diskursiven Auseinandersetzung in Einwanderungsgesellschaften zu sein. Dieser Streit um Anerkennung ist nichts wirklich neues, wie das über 250 Jahre alte Zitat Benjamin Franklins zeigt, dass sich in den britischen Kolonien Nordamerikas gegen eine Überfremdung durch deutsche Einwanderer richtete.³¹ Nur sind die Antworten, ob Anerkennung und Vielfalt ein anzustrebendes Ziel bzw. wie dieses Ziel zu erreichen ist, umstritten. In Deutschland zeigte sich eine Facette dieser Auseinandersetzung im Jahr 2000 als heftig um den Begriff der Leitkultur gestritten wurde. Diese Auseinandersetzung vermochte zwar im Ergebnis weder zu klären, was das gesellschaftlich Leitende noch was das kulturell Verbindende dieser Leitkultur ist. Jedoch zeigte die Kontroverse, dass die Reduktion der migrationspolitischen Debatte auf vermutete, geglaubte oder auch nur gewünschte kulturelle Essentialia die Kraft hat polarisierend zu wirken, die Gesellschaft zu spalten und feindliche Lager zu bilden, also alles andere als integrativ zu wirken.

Der alleinige Rückbezug auf Kultur, kulturelle Gemeinsamkeit bzw. die Abgrenzung gegenüber dem kulturell Anderen scheint (in Deutschland im besonderen, vielleicht

³¹ Im Original und in seiner ganzen Länge lautet, dass nicht nur xenophobe, sondern auch teils rassistische Zitat:

"Why should the Palatinate boors [gemeint sind die deutschsprachigen Einwanderer, RO] be suffered to swarm into our settlements, and, by herding together, establish their language and manners, to the exclusion of ours? Why should Pennsylvania, founded by the English, become a colony of aliens, who will shortly be so numerous as to Germanize us instead of our Anglifying them, and will never adopt our language or customs anymore than they can acquire our complexion? Which leads me to add one remark: That the number of purely white people in the world is proportionably very small. All Africa is black or tawny; Asia chiefly tawny; American (exclusive of the new comers) wholly so. And in Europe, the Spaniards, Italians, French, Russians, and Swedes, are generally of what we call a swarthy complexions; as are the Germans, also, the Saxons only excepted, who, with the English, make the principal body of white people on the face of the earth. I could wish their numbers increased. And while we are, as I may call it, scouring the planet, by clearing America of woods, and so making this side of our globe reflect a brighter light to the eyes of the inhabitants of Mars or Venus, why should we, in the sight of superior beings, darken its people? Why increase the sons of Africa, by planting them in America, where we have so fair an opportunity, by excluding all blacks and tawnys, of increasing the lovely white? But perhaps I am partial to the complexion of my country, and such kind of partiality is natural to mankind." Zuerst erschienen als *Observations Concerning the Increase of Mankind* im Jahr 1751, Wiederabdruck in: Benjamin Franklin, *Complete Works*, Bd. 2: S. 233-234, 296-299, hg. von John Bigelow (New York, 1887).

aber auch in Einwanderungsgesellschaften im allgemeinen) an archaische Gefühle von Zugehörigkeit zu appellieren, die durch rein politische Debatten, etwa um Sozialtransfers für Zuwanderer, nicht oder nur in viel geringerem Maß anzusprechen sind. Die Debatte um Leitkultur zeigte, dass es bereits durchaus eine kulturpolitische Debatte oder besser: eine kulturalistisch grundierte Diskussion um Einwanderungs- und Integrationspolitik gibt. Nur ergeben sich die Positionen dieser Debatte ex negativo, nämlich aus der Abgrenzung gegenüber fremden oder als fremd deklarierten Kulturen. Der Rückzug in das Schneckenhaus der eigenen Kultur wird so als Kontrapunkt zu den als Bedrohung empfundenen Kulturen von Migranten gesetzt und bildet für einen Teil der politischen Klasse das kulturelle Analogon der Überfremdungs- und kollektiven Abstiegsängste, die große Teile der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit Immigranten oder Ausländern verbindet. Diese Art von „Kulturpolitik“ ähnelt einem Rückzugsgefecht in Richtung Abgrund in militärisch prekärer Lage. Sie lotet nicht die vorhandenen Möglichkeiten aus, die eine Vorwärts-Strategie böte, um Handlungs- und Gestaltungsräume zu finden, sondern schottet sich gegenüber Einflüssen von außen ab und begibt sich so der Möglichkeit des Wandels und der Fortentwicklung unter den Herausforderungen und Bedingungen der Moderne. Kulturpolitik findet in solch einem gesellschaftlichen Szenario also vorwiegend als Politik der kulturellen Ausgrenzung oder sogar als Politik der kulturellen Negation des Fremden und Anderen statt, ist oftmals regressiv und latent oder auch manifest anti-modern. Die Idee einer Leitkultur, die womöglich noch als Lebertrankur allgemein verordnet wird, hilft also nicht weiter, um zeitgerechte Antworten für die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft und ihrer Ausgestaltung zu finden.

Der Streit jedoch über die gesellschaftlichen Leitbilder und die Essenz, aber auch die Grenzen einer in einem Einwanderungsland geteilten pluralistischen Kultur lohnt sich. Ein solcher Streit ist aber nur dort produktiv, wo zunächst die widerstreitenden Interessen und Gruppen über Chancen-, militärisch gesprochen: Waffengleichheit, verfügen, um das intellektuelle Ringen um die kulturelle verbindenden Werte auf gleicher Augenhöhe zu bestreiten und nicht unter den Bedingungen asymmetrischer Machtbeziehungen wie zwischen Kolonisierten und Kolonisierer leben. Zentral für diese Chancengleichheit ist eine Politik, die Differenz zuerst einmal toleriert, sie anerkennt und sie mit entsprechenden gesellschaftlichen Ressourcen versieht, so dass sie kooperations- und diskursfähig wird, sich dem innergesellschaftlichen

Wettbewerb stellen kann und sich dann in der Gesamtgesellschaft das Bessere, nicht allein das Überkommene und Gesicherte durchsetzen kann.

Der Gegenentwurf zur hegemonialen Kulturpolitik einer Mehrheitsgruppe müsste daher also im Anfang als Politik der kulturellen Anerkennung und Pluralisierung skizziert werden. Dies würde aber einen veritablen Paradigmenwechsel in der deutschen Kulturpolitik bedeuteten. In welche Richtung ein solcher Wechsel ginge, ist ein Punkt für eine offene Debatte. Auf theoretischer Ebene ließe sich hier z.B. an die durch den kanadischen Philosophen und Politologen Will Kymlicka angestoßene Debatte um die (multi)kulturelle Ausgestaltung von Staatsbürgerschaft(srechten) in liberal-demokratischen Gesellschaften anknüpfen.³² Ob sich allerdings die bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte, die aus der Staatsbürgerschaft resultieren, tatsächlich um eine kulturelle Dimension erweitern lassen, ist zumindest strittig, wenn nicht sogar fraglich. Die Forderungen an die Bildungs- und Kulturpolitik heißen in letzter Konsequenz - vorausgesetzt man will eine Pluralisierung oder gar Multikulturalisierung erreichen - die Bastionen und Besitzstände der Kultur der Etablierten dafür teils zu schleifen, zumindest aber aufzubrechen. Das Verbindende, die Ligatur moderner Einwanderungsgesellschaften, sollte dann allerdings nicht aus dem Auge verloren gehen, um der Separierung von Gesellschaften - gemeint ist hier nicht eine funktional notwendige Trennung - zu entgehen bzw. auch dem Vorwurf der Kritik, dass eine kulturelle Pluralisierung den Zerfall moderner Gesellschaften bedeute. Gelingt dieser Spagat zwischen Pluralisierung der Schaffung gesellschaftlicher Kohäsion mit den Mitteln der Kulturpolitik, kann diese sich als Politik der kulturellen Integration erweisen. Kulturpolitik könnte dann zur Politik der kulturellen Reflexion sowie Selbstreflexion und der immer wieder neuen Gestaltung gesellschaftlicher Wirklichkeit und sozialen Seins in der offenen Gesellschaft werden.

6. Kulturpolitik in der Erweiterung: Möglichkeiten und Grenzen der Entgrenzung

Die Debatte um Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft, die kulturelle Anerkennung und Durchsetzung der Rechte von Migranten innerhalb dieser Politik

³² Kymlicka, 1995.

und die Erweiterung von Kulturpolitik lässt sich eventuell klarer und besser darlegen, wenn man einen historischen Analogieschluss vornimmt und sich die Frage stellt, wie andere marginale bzw. marginalisierte Gruppen und Klassen es geschafft haben, nicht nur einen sozialen Aufstieg zu bewerkstelligen, sondern in gespaltenen und ausgrenzenden Gesellschaften ihren Anteil an einer vormals exklusiven Kulturpolitik zu gewinnen. Für diesen historischen Vergleich bieten sich zwei Gruppen an, nämlich die Arbeiterschaft bzw. das Industrieproletariat, wie es sich im 19. Jahrhundert in Europa und Nordamerika herausbildete und im Verlauf des 20. Jahrhunderts zunehmend politisch, sozial und kulturell aufstieg, bevor es sich weitgehend auflöste. Oder aber es ließe sich der Vergleich mit der Frauenbewegung ziehen, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts formierte und im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einer sozialen, teils auch zu einer politischen, weniger zu einer kulturellen Kraft wurde.

Um der Einfachheit willen soll hier ein kurzer Vergleich mit den Vorbedingungen des Aufstiegs der (deutschen) Arbeiterklasse gezogen werden, um zu eruieren, ob ev. systematische Gemeinsamkeiten vorhanden sind, die zu weiterführenden Schlussfolgerungen führen können. Dieser Vergleich bietet sich an, da ja auch der programmatisch gewählte Begriff im Titel dieses Aufsatzes, nämlich der Begriff der Kulturpolitik *in der Erweiterung*, sich letzten Endes der Arbeiterbewegung und ihres politischen Arms, der Sozialdemokratie der Siebzigerjahre, verdankt, nämlich der Idee des erweiterten Kulturbegriffs.³³

Grob vereinfachend gesagt verliefen die Formation, die Emanzipation, der Aufstieg sowie das Ende der Ausgrenzung der deutschen Arbeiterbewegung hin zu einem integrierten und integralen Bestandteil der (Mehrheits-)Gesellschaft durch verschiedene Phasen der Entwicklung bzw. sie waren an unterschiedliche Vorbedingungen geknüpft. Vier dieser Bedingungen, keinesfalls in einem abschließenden Sinn gemeint, waren:

1. Die zunehmende Politisierung der Arbeiterbewegung, die auf Macht(zu)gewinn zielte.

³³ Die hier eingeforderte Kulturpolitik in der Erweiterung zielt jedoch in Abgrenzung zum erweiterten Kulturbegriff eher auf die inhaltliche und institutionelle Offenheit, nicht allein auf die formale und soziale Erweiterung.

2. Die Bildung eigener Institutionen, und zwar nicht nur eines eigenen Parteiapparates, sondern vor allem auch eigener Bildungseinrichtungen und eigener kultureller Organisationen. Diese Einrichtungen fungierten als Schlüsselfaktoren gesellschaftlicher Anerkennung und führten letztlich so auch zur zunehmenden Teilhabe an politischer Macht.

3. Die Entscheidung für den Weg der Reform, nicht der Revolution.³⁴

4. Die Ausbildung einer selbstbewussten und dialogfähigen Trägerschicht von Akteuren und Sprechern, die teils aus der Mehrheitsgesellschaft bzw. dem deutschen Bürgertum kooptiert wurde (nicht zuletzt die Gründergestalt Ferdinand Lasalle).

Wagt man nun in einem kühnen intellektuellen Streich einen Vergleich der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Emanzipation mit der Situation von Arbeitsmigranten heute, so ließen sich folgende Analogieschlüsse formulieren:

ad 1: Migrationsminderheiten in Deutschland bzw. in Westeuropa sind (noch) weit davon entfernt, sich als Gruppe zu politisieren oder gar eigene erfolgreiche Parteien zu gründen. Umso stärker wiegt das Argument, das andere, nicht-parteiliche Einrichtungen nötig sind, um den Stimmen der Migranten Gewicht zu verleihen und ihnen eine größere gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

ad 2: Nicht-parteiliche Einrichtungen sind daher vor allem in den Bereichen von Bildung und Kultur viel versprechende Vehikel der Artikulation.

ad 3: Das Gegensatzpaar Reform vs. Revolution besteht so heute für Migranten nicht. Es ließe sich aber übersetzen in den Gegensatz Kooperation vs. Konfrontation, d.h. den Dialog der Migranten mit der Mehrheitsgesellschaft und vice versa. Eine Verweigerungshaltung, auf welcher Seite auch immer, wäre kontraproduktiv.

ad 4: Es sollten nicht nur Dialoge zwischen Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft geführt werden, sondern die Dialogpartner sollten am Besten zwischen den Welten wechseln (können), d.h. Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft zu akzeptierten

³⁴ Letztlich wurde dieser Streit zwischen den beiden Erben und theoretischen Nachfolgern von Karl Marx Eduard Bernstein (reformorientiert) und Karl Kautsky (revolutionär gesonnen) ausgetragen. Bernstein setzte sich durch und bereitete so den Weg für den Siegeszug der Sozialdemokratie.

Sprechern der Minderheit werden und umgekehrt; idealerweise sollten sich diese Grenzen mit der Zeit auflösen.

7. Geschichte – Migration – Migrationsgeschichte: Die Erweiterung des historischen Gedächtnisses

"Migrationsprozesse haben zweifelsohne zu einer Beschleunigung der gesellschaftlichen Pluralisierung beigetragen. Geschichtsbilder und Geschichtsbewußtsein sind von solchen Pluralisierungsprozessen nicht ausgenommen. Sie wandeln sich infolge einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung und der damit eingehenden Vielfalt an kollektiven Narrativen. Ein beachtlicher Teil der heute in Deutschland lebenden jungen Menschen verfügt über Familien- und Kollektivgeschichten sowie über tradierte historisch-politische Erfahrungen, die sich von den 'deutschen' unterscheiden."³⁵

Geschichte, historische Deutung und die damit einhergehende Sinnproduktion, die durch historische Erkenntnis, Erinnerungspolitik und die Ausgestaltung des kollektiven Gedächtnisses bewirkt wird, stehen immer auch in einem funktionalen Zusammenhang mit Erkenntnisinteressen, Konflikten und Diskursen der Gegenwart. Historiker zeigen nicht einfach, "wie es gewesen ist", rekonstruieren die Vergangenheit nicht im Maßstab 1:1, sozusagen entlang objektiv rekonstruierbarer historischer Bedingungen und Konditionen. Sie sind immer *auch* "von der Gegenwart betroffen", verwahren und verwalten die Vergangenheit nicht als "musealen Kronschatz", wie Walter Benjamin es formulierte. In einem Einwanderungsland besteht demnach also ein Nexus zwischen Geschichte und historischer Repräsentation einerseits und zeitgenössischen Fragen von Migration und Integration andererseits. Um diesen Nexus in Deutschland aufzuzeigen, mag ein vergleichendes historisches Beispiel herangezogen werden, das die mögliche Funktion von Kulturpolitik in einer Einwanderungssituation illustriert und geeignet scheint, Fragen an die Gestaltung zukünftiger Migrations- und Integrationspolitik als Kulturpolitik zu stellen.

Dieser Vergleich zielt auf die Anerkennung und Integration der Zwangsmigranten in Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit, also all jener Zuwanderer, die als deutsche bzw. deutschstämmige Vertriebene und Flüchtlinge Aufnahme in den vier

³⁵ Viola Georgi: *Entliehene Erinnerung: Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland* (Hamburg: Hamburger Edition, 2003), S. 9.

Besatzungszonen fanden und die Gesellschaft vor erhebliche soziale, politische und kulturelle Herausforderungen stellten. Diese Herausforderungen waren in vielen Bereichen nicht unähnlich jenen, die wir heute durch die Integration von Arbeitsmigranten und neuen Zuwanderern diskutieren. Es ging dabei nicht nur um die Einbeziehung in das soziale und wirtschaftliche Leben, sondern eben auch um die Anerkennung kultureller Differenzen und die Schaffung und Ausgestaltung von Freiräumen für das kulturelle Leben dieser Zwangsmigranten und die kulturellen Kontakte zwischen Einheimischen und „Neubürgern“, wie es zeitgenössisch hieß. Der (staatlichen) Kulturpolitik fiel dabei eine bedeutende Rolle zu. Nach nur einem Jahrzehnt der Eingliederung betonte eine zusammenfassende Darstellung zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Gesellschaft die große Bedeutung der Kultur und der Kulturpolitik für den Erfolg der Integrationspolitik. Sie müsse als "säkulare Seelsorge" angesehen werden, eine staatliche Seelsorge, die bis heute auf die Traditionen der Herkunftsregionen und die Geschichte der deutschen Zwangsmigranten abhebt,³⁶ wie jüngst wiederum die vehemente Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen zeigte.

Diese aktuelle Kontroverse ist einerseits nur vor dem Hintergrund der kulturpolitischen Entscheidungen der Nachkriegszeit, insbesondere der gesetzlichen Verankerung kulturpolitischer Initiativen, Projekte und Institutionen durch das Bundesvertriebengesetz zu verstehen, das die staatliche Förderung festschrieb.³⁷ Andererseits zeigt gerade die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen, dass der aktuelle Hintergrund musealer Projekte eine bedeutende Rolle spielt. Ohne dass das Thema Zwangsmigration durch die kriegerischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien (und im Kaukasus), die so genannte "ethnische Säuberung" ganzer Landstriche in den Neunzigerjahren auf die Agenda der Gegenwart gehoben worden wäre, hätte die aussichtsreich erscheinende Initiative für ein Zentrum gegen Vertreibungen wohl kaum eine politische Chance gehabt. Im Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen, der sich um die Standortfrage (Berlin vs. Breslau), um die inhaltliche Ausrichtung (deutscher, deutsch-polnischer oder europäischer Zuschnitt)

³⁶ Friedrich Edding und Eugen Lemberg (Hg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben*. 3 Bände (Kiel: Hirt-Verlag, 1959).

³⁷ Für eine kritische Analyse der Kulturförderung der Vertriebenenorganisation durch den Bund auf Grund des § 96 Bundesvertriebenengesetz siehe: Jörg Lau: 'Blühende Museumslandschaften: Der Bund fördert die Kultur der Vertriebenen mit Millionenbeträgen: Zum Hintergrund des Denkmalstreits', in: *Die Zeit* vom 25. September 2003, S. 50.

und um die Träger und Initiatoren (Bund der Vertriebenen bzw. vertriebenennahe Stiftung vs. von Betroffenenengruppe unabhängige Trägerschaft) dreht, ist bislang ein Aspekt völlig unterbelichtet geblieben: Bei der Thematik handelt es sich um ein klassisches migrationsgeschichtliches Thema, nämlich Zwangsmigration, die im Europa des 20. Jahrhunderts ca. 50 Millionen Personen zeitweise oder auf Dauer betraf.³⁸ Will man ein Migrationsmuseum in Deutschland etablieren, so sollte an dieser Form von Migration, die bis 1950 allein in Deutschland mehr als 12 Millionen Personen (Flüchtlinge und Vertriebene) und seitdem noch einmal vier Millionen Personen (Aussiedler) betraf, nicht spurlos vorbei gegangen werden. Daher sollte neben der Europäisierung des Themas Zwangsmigration bzw. Flucht und Vertreibung auch dessen mögliche Repräsentation in einem Migrationsmuseum thematisiert werden. Dies könnte den Konflikt um das Zentrum gegen Vertreibungen womöglich entschärfen und einen interessanten Dialog zwischen zwei Teilen der deutschen Gesellschaft in Bewegung setzen, die ansonsten kaum miteinander zu tun haben.

Kurz gefasst: Migranten werden also in Deutschland auf dem Feld von Kultur und historischer Erinnerung nicht per se diskriminiert, wie das Beispiel der Vertriebenen zeigt. Von Beginn an beinhaltete die Politik gegenüber den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen der Nachkriegszeit und ihren Epigonen den Aussiedlern zwei Elemente. Es wurde einerseits gleichberechtigte politische Partizipation sowie soziale Integration ermöglicht und andererseits kulturelle Anerkennung durch zahlreiche eigene Institutionen gewährleistet. Die kulturpolitische Dimension war also von Beginn an ein integraler Bestandteil einer umfassenden Integrationspolitik, nämlich dem Dreiklang von Sozialpolitik, politischer Repräsentation und Kulturpolitik. Dies führte zumindest in der westdeutschen Gesellschaft dazu, dass sich die Interessen der Zwangsmigranten Gehör verschaffen konnten und die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft ein Mindestmaß an Kenntnissen über die Herkunft und die Probleme dieser Gruppe verfügte, was der Eingliederung dienlich war. Die historische Repräsentation hatte also keinen Selbstzweck, sondern stand durchaus auch in einem funktionalen sozialen und politischen Zusammenhang.

³⁸ Karl Schlögel: 'Ethnic Cleansing as an Invention of the Twentieth Century: An Account of Expulsions in Europe', in: Rainer Münz und Rainer Ohliger: *Diasporas and Ethnic Migrants: Germany, Israel and Post-Soviet Successor States in Comparative Perspective* (London/Portland: Frank Cass, 2003), S. 107.

Kenntnisse über die Vorgeschichte, den Verlauf, die Begleiterscheinungen und Auswirkungen von Arbeitsmigration scheinen hingegen in der deutschen Gesellschaft nicht wirklich weitgehend verankert zu sein. Die Bedeutung von Einwanderungsprozessen und ihrer historischen Grundlagen bedarf der Vermittlung, Erklärung und Interpretation, zumindest wenn man den Bereich der klischeebehafteten Erinnerungsskizzen überschreiten möchte. Auf die Reproduktion (und historische Repräsentation) des Bildes des eine millionsten „Gastarbeiters“ Antonio Sá Rodriguez, der bei seiner Ankunft am Bahnhof Köln-Deutz im Jahr 1964 von den bundesdeutschen Arbeitgeberverbänden mit einem Moped beschenkt wurde, mag als ein solches Klischee hingewiesen werden. Um diese Begrenzung aufzubrechen, gilt es zu untersuchen, welche Bilder jenseits der privaten Erinnerungen Arbeitsmigranten über die fast 50 Jahre währende Zeit in der Bundesrepublik entwickelt haben. Zentral ist dabei nicht zuletzt auch die Frage, welche Folgen es hat, wenn sich die Geschichte jedes zehnten Bewohners der Bundesrepublik vorwiegend im Privaten entwickelt, im öffentlichen Raum aber meist unsichtbar bleibt. Der leidenschaftlichen Debatte um Integration sollte also unbedingt auch eine historische und kulturelle Dimension hinzugefügt werden, sofern man den Integrationsbegriff nicht auf die sprachliche Anpassung von Migranten und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt verengen möchte.

Der Gesellschaft in Deutschland stünden demnach noch zahlreiche historische und kulturelle Neuentdeckungen bevor. Die Geschichte, die es dabei zu entdecken gilt, hätte dann ein doppeltes Publikum, jenes der Mehrheitsgesellschaft, die einer gleichberechtigten Repräsentation von Migranten bislang eher gleichgültig gegenüberstand, und die Gruppe der Einwanderer, die versucht sich dieser Einwanderungsgeschichte Stück für Stück zu bemächtigen, um so ein gesamtgesellschaftliches Erinnerungsdefizit auszufüllen. Die Aufgabe einer erweiterten Kulturpolitik besteht daher auch darin, diesen Teil der Geschichte freizulegen und sichtbar zu machen sowie die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Es gilt also, die Notwendigkeiten der Einwanderungsgesellschaft in der kulturpolitischen Debatte zu formulieren und durchzusetzen.

8. Akteure und Institutionen einer erweiterten Kulturpolitik: Das Beispiel eines Migrationsmuseum

„Was bedeutet Geschichte als Quelle für Identifikation und Identität in einer Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammenleben? Wahrscheinlich werden sich die Hinzugekommenen auf ihre Weise die Geschichte zueigen machen, und gemeinsam werden wir einst eine neue, gemeinsame Geschichte erzählen.“

Bundespräsident Johannes Rau auf dem Historikertag 2002

Kultur und Migration bzw. deren Schnittstellen genießen zunehmend stärkere Beachtung und Öffentlichkeit. Dies zeigt sich u. a. auch am zunehmenden Interesse an migrationsgeschichtlichen Fragen sowie dem Bestreben die Migrationsgeschichte (Europas) zu musealisieren. Nicht zuletzt die Tagung „Das historische Erbe der Einwanderer sichern: Die Bundesrepublik Deutschland braucht ein Migrationsmuseum (Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Brühl, 4.-6. Oktober 2002“ und die im Jahr 2002 vorausgegangene Veranstaltung (siehe <http://www.migrationsmuseum.de> bzw. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>, link: Tagungsberichte) und die gegenwärtige Tagung belegen das wachsende Interesse an den Themen und Debatten rund um die Errichtung eines Migrationsmuseums. Aber auch zahlreiche vergangene, gegenwärtige und geplante Ausstellungen demonstrieren den erhöhten Stellenwert des Themas. Und dies gilt nicht allein für Deutschland. In Europa gibt es sowohl in der Schweiz (www.migrationsmuseum.ch) als auch in Frankreich (<http://www.generiques.org/rapport.html>) ernst zu nehmende Initiativen, die die Gründung eines Migrationsmuseums bzw. eines Zentrums für die Geschichte und Kultur der Migration betreiben.

Das Interesse an der Errichtung von Migrationsmuseen bzw. der Musealisierung und Ausstellung der Migrationsgeschichte geht dabei in allen Fällen von einem bereits breiten Querschnitt von Fürsprechern aus Einwanderern, deren Kindern und Protagonisten der Mehrheitsgesellschaften aus. Zunehmend zeichnen sich dabei eine Lobby und auch ein Konsens ab, zunehmend vor allem mit der Sozialisierung einer zweiten und dritten Generation von Personen aus eingewanderten Familien in die etablierten Institutionen der Bundesrepublik. Dies verschafft der Initiative ein hohes Maß an Legitimität und Authentizität, die nicht gewährleistet wären, wenn das

Vorhaben allein als staatliche Unternehmung bzw. als kulturpolitisches Vorhaben staatlicher Akteure ausgestaltet werden würde. Allerdings sollte die Rolle staatlicher Kulturpolitik (und Finanzierung) an entscheidender Stelle bei der Konzeptionalisierung und Umsetzung des Projektes einfließen.³⁹

9. Leistungen und Grenzen von Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft

Mögliche Leistungen:

Die kulturelle Anerkennung sowie die Öffnung der Mehrheitsgesellschaft für kulturelle Pluralität liefern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche und gleichberechtigte Integration. Eine solche Anerkennung übersteigt den engen und auch einseitigen Begriff der Toleranz. Stattdessen setzt sie auf den gleichrangigen Respekt unterschiedlicher Gruppen füreinander. Die Leistung einer solchen Politik der Anerkennung besteht in der Schaffung von Freiräumen für (eher) marginalisierte Gruppen. Letztlich hat sie das Potenzial, Identifikations- und Interaktionsräumen mit der aufnehmenden Gesellschaft zu eröffnen.

Mögliche Grenzen:

Kulturpolitik von und für Migranten bzw. im Dialog zwischen Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft sowie die Einfügung von Migrationsgeschichte in das nationale kollektive Gedächtnis können nicht als Ersatz für eine wirksame Sozial-, Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für Zuwanderer dienen. Soziale und wirtschaftliche Anerkennung bilden die Voraussetzungen für die volle gesellschaftliche und kulturelle Anerkennung sowie die daraus resultierende politische Partizipation. Eine rein symbolische (kulturelle) Anerkennung kompensiert nicht die mangelnde Teilhabe

³⁹ Was den Bereich der Finanzierung anbelangt, so erscheint eine gemeinsame privat-staatliche Unternehmung am ehesten zum Erfolg zu führen. Vgl. dazu meinen Beitrag zur Tagung im Jahr 2002: *Die Bundesrepublik braucht ein Migrationsmuseum – braucht die Bundesrepublik ein Migrationsmuseum? Anmerkungen, Fragen und Thesen oder Vom Nutzen und Nachteil eines Migrationsmuseums für die Gesellschaft* (unter <http://www.migrationsmuseum.de/Materialien/Text-Rainer-Ohliger-Thesen-fuer-ein-Migrationsmuseum.pdf>).

von Zuwanderern in der Gesellschaft, sondern birgt mitunter eher die Gefahr, diese zu verschleiern.⁴⁰

10. Kurzes Resumée

Die Erweiterung bzw. gleichberechtigte Öffnung der Kulturpolitik gegenüber den Migrationsminderheiten in Deutschland hätte deutliche Auswirkungen: die Gesellschaft würde sich drastisch ändern, kulturelle Besitzstände würden überprüft, Traditionen beendet aber auch neu begründet werden. So könnte die Implementierung einer erweiterten und offenen Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft auch zur notwendigen Reform und Modernisierung der deutschen Gesellschaft und zur Auflösung des viel beklagten Reformstaus beitragen. Es wäre also durchaus ein Umbruch von der Peripherie der Gesellschaft her bzw. die Herausforderung der etablierten Gesellschaft von den Rändern her denkbar. Dieses Szenario mag für viele Menschen auf den ersten Blick vielleicht als bedrohliche Herausforderung erscheinen, könnte aber auch eine neue Geschmacksnote in die Kulturlandschaft und Gesellschaft bringen. Analog zur Diversifizierung der kulinarischen Landschaft in deutschen Küchen und auf deutschen Esstischen würde eine zunehmende Diversifizierung der kulturellen Landschaft so mit dem einheitlichen Geschmack des national-kulturellen Einerleis Schluss machen. Sie würde à la carte ein vielfältiges kulturelles Angebot bereithalten, aus dem mündige Bürger auswählen können, um es in ihre postmodernen *patchwork*-Biographien einzufügen, oder eben auch nicht!

Verwiesen sei hier abschließend noch einmal auf die fünf zugespitzten Schlussbemerkungen meines Beitrags aus dem letzten, Jahr, die m. E. nach wie vor eine gewisse Aktualität besitzen:

1. Es ließe sich darüber streiten, ob in einer zukünftigen Welt, die mehr und mehr post- und supranational sein wird und deren national-identitäre Grenzen weniger

⁴⁰ Ein solcher Konflikt ähnelt der Auseinandersetzung zwischen Nancy Frazer und Axel Honneth um die Rolle symbolischer Anerkennung bzw. materieller Umverteilung bzw. der Gewährung von Kollektivrechten vs. Zuerkennung sozialer und ökonomischer Chancen. Siehe: Nancy Frazer und Axel Honneth: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse (Frankfurt/M.: Suhrkamp.2003).

stark akzentuiert sein werden, Migranten/innen nicht einen, wenn nicht gar den zukunftssträchtigen Typus von multipler Zugehörigkeit darstellen werden. Insofern könnte ein Migrationsmuseum als historischer Ort durchaus in die Zukunft weisende Bedeutung für die Schaffung über-nationaler und partikularer Zugehörigkeiten haben. Hier würde gezeigt, dass eine Wirklichkeit jenseits klarer nationaler Zugehörigkeiten existiert und diese Mehrdeutigkeit Normalität und Bereicherung bedeutet: es würde eine Welt sichtbar, die die Zugehörigkeit zur Nation und kollektive Identität auch als *patchwork* vorstellbar macht.

2. Ein Migrationsmuseum ist auch ein politisches Projekt und Plädoyer. Wie diesem Faktum in der Phase der Konzeptionalisierung und Umsetzung Rechnung zu tragen ist, gilt es zu diskutieren. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob die Debatte um den historischen Ort der Migration im kollektiven Gedächtnis Deutschlands nicht womöglich auch einen Beitrag zu den eher zeitgenössischen Fragen von Migration und Integration liefern kann, z.B. ob analog zum *gender mainstreaming* das *migrant mainstreaming* eine Strategie der Anerkennung und des *empowerment* sein kann?

3. Unter strategischen Gesichtspunkten möchte ich zu bedenken geben, dass ein Blick auf andere Bereiche historischen Forschens, Erinnerens und Ausstellens eventuell nützlich, sein könnte, um zu lernen, wie ehemals randständige Themenbereiche in den *mainstream* gelangen. Sowohl die Arbeiter- als auch die Frauengeschichte haben es innerhalb der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vermocht, sich zu etablieren und zu institutionalisieren, sei es im Bereich der historischen Forschung oder der Ausstellungen und Museen. Hier mag ein Blick auf die Professionalisierungs- und Durchsetzungsstrategien dieser beiden Bereiche helfen, um zu lernen, wie man sich Anerkennung, politische Macht und eine institutionelle Basis verschafft.

Einschränkend gilt hier aber hinzuzufügen, dass sowohl die Arbeiter- als auch die Frauengeschichte auf der breiten Basis einer sozialen Bewegung standen, nämlich der Arbeiter- bzw. Frauenbewegung. Eine entsprechende Migrantenbewegung ist zurzeit (in Deutschland) nicht zu erkennen.⁴¹ Insofern mag die Migrationsgeschichte

⁴¹ In Frankreich jedoch ist die Bewegung der *sans papiers*, also der ‚illegalen‘ bzw. undokumentierten Migranten/innen zu solch einer sozialen Bewegung herangewachsen.

und ihre Musealisierung als politisches Instrument gegenwärtig noch ein eher zahnloser Tiger sein.

4. Die Etablierung eines eigenständigen Migrationsmuseums birgt die Gefahr, dass es zu einer Dichotomisierung vis-à-vis bestehenden und etablierten Institutionen kommen könnte. Ein separater Ort der Migrationsgeschichte könnte als Argument dienen, dass sich die etablierten Einrichtungen dem Thema Migration nicht selbst stellen müssen oder sich ihm gar verschließen. Um eine breite Verankerung des Themas zu gewährleisten, ist aber ein ‚Eindringen‘ in (bzw. eine Kooperation mit den) etablierte(n) Institutionen unabdingbar, da man sonst Gefahr läuft, eine Nischenexistenz zu fristen. Separierung der Migrationsgeschichte innerhalb einer eigenen Einrichtung kann unter Umständen eben auch deren Marginalisierung bedeuten. Es wäre also kritisch zu fragen, ob nicht z.B. eine dauerhafte Präsenz der Migrationsgeschichte im Deutschen Historischen Museum oder im Haus der Geschichte eine Erfolg versprechende Strategie ist, als die Begründung einer eigenen Institution. Ohnehin gilt es zu diskutieren, ob es *das* Migrationsmuseum überhaupt geben kann oder soll, also einen Ort der umfassenden Dokumentation und Ausstellung aller Migrationsgeschichte(n).

5. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Bündnisgrünen Cem Özdemir stellte im Sommer [2002] in seinem in Spiegel Online ausgetragenen Dialog mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger fest, dass die Bundesrepublik auch in Hinsicht auf die Verankerung der Migrationsgeschichte im kollektiven Gedächtnis der Nation, insbesondere bei der Errichtung eines Migrationsmuseums verspätet sei. Ich möchte diese Aussage ein wenig relativieren. In den Vereinigten Staaten hat es immerhin über 200 Jahre – nämlich von 1776 bis 1990 – gedauert bis das klassische Einwanderungsland USA sich dazu durchrang, dem großen und bedeutenden Thema Migration, die entsprechende Aufmerksamkeit durch die Eröffnung eines nationalen Migrationsmuseum zu widmen. Insofern sind wir nach erst gut 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland mit dieser Tagung auf einem nicht ganz hoffnungslosen Weg. Ausnahmsweise ist die Bundesrepublik im Vergleich zu ihren westlichen Nachbarn keine verspätete Nation, sondern vielleicht sogar Trendsetter in Europa.⁴²

⁴² Dies zeigte sich auch schon zum 40. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbevertrags im Jahr 2001. Insbesondere durch zwei Tagungen des Landeszentrums für Zuwanderung in Solingen wurden erste Anstöße zum Fragenkomplex Einwanderung und historisches bzw. kollektives Gedächtnis

gegeben [Haus der Geschichte, Bonn: „Erinnerung und Teilhabe: Auf dem Weg zu einer pluralen Geschichtskultur?“ und Rheinisches Industriemuseum Oberhausen: „Einwanderung und Gedächtnis: Die Bedeutung von Erinnerung in der Migrationsgesellschaft“].